

Alter, Rolf G.

**Article — Digitized Version**

## Ist eine Korrektur der Handelsbilanz notwendig?

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Alter, Rolf G. (1986) : Ist eine Korrektur der Handelsbilanz notwendig?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 66, Iss. 6, pp. 302-306

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136169>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

ken einhergehen können. Die hier vorzusehende Beteiligung des Betriebsrates sollte ein im Verhältnis zu den bisherigen §§ 97/98 BetrVG erweitertes und präzisiertes Vorschlagsrecht für die Einführung innerbetrieblicher und außerbetrieblicher Qualifizierungsmaßnahmen umfassen, für deren konkrete zeitliche und inhaltliche Ausgestaltung sowie für die Auswahl der Teilnehmer. In dem Zusammenhang sollte der nach § 81 BetrVG mögliche Ausweg des Arbeitgebers über mitbestimmungsfreie „unternehmensbezogene Informationen“ oder „Einweisungen“ versperrt werden, indem diese ohnehin willkürliche und nicht mehr zeitgemäße Differenzierung künftig entfällt<sup>47</sup>. Sie wird auch unnötig, wenn Mitarbeiterqualifizierung nicht als lästiger „Sozialklimbim“ verstanden wird, sondern als Gemeinschaftsprojekt eines „Denkens in Humanressourcen“ (Meyer-Dohm), um verborgene Qualifikations- und Innovationspotentiale produktiv nutzbar zu machen.

<sup>47</sup> Siehe dazu Doris Rische-Braun: Mitbestimmung in der betrieblichen Weiterbildung, in: WSI-Mitteilungen, 1/1986, S. 1-5.

Kehren wir nun zu der eingangs gestellten Frage zurück: Besteht ein Handlungsbedarf? Darauf läßt sich am besten über die Gegenfrage eine Antwort finden: was wäre denn die Folge, wenn der Gesetzgeber untätig bliebe?

Als vermutliche Konsequenz müßte bei den nächsten Betriebsratswahlen im Frühjahr 1987 wohl ganz ohne Hürden für Vorschlagslisten ausgekommen werden, weil die Wahlvorstände weder die als verfassungswidrig erkannte bisherige Quorumsregelung anwenden dürfen, noch dazu berechtigt sind, von sich aus ein neues Quorum festzulegen. Das Tor für alle Splittergruppen wäre dann weit geöffnet. Daran können aber weder die Gewerkschaften noch die Arbeitgeber ein Interesse haben. Deshalb wird es wohl nach der parlamentarischen Sommerpause entweder mit der vorgezogenen Herabsetzung des Quorums zu einer „kleinen Lösung“ kommen, oder aber die Änderungsvorschläge werden zu einer „Paketlösung“ verknüpft, um jeder parteipolitischen Klientel für die anstehenden Wahlen etwas zu bieten.

## AUSSENHANDEL

# Ist eine Korrektur der Handelsbilanz notwendig?

Rolf Alter, Bonn

**Unsere Handelspartner und insbesondere die Vereinigten Staaten neigen angesichts unseres Überschusses in der Handelsbilanz 1985 dazu, die Bundesrepublik in einem Atemzug mit Japan zu nennen, wenn es um die Aufforderung zum Abbau außenwirtschaftlicher Ungleichgewichte geht. Besteht wirtschaftspolitischer Handlungsbedarf?**

Vier quantitativ bedeutsame Faktoren werden 1986 direkt und indirekt die deutsche Außenhandelsposition beeinflussen:

- Der bisher zu verzeichnende rasante Rückgang des Dollarkurses;
- das Realignment im EWS;
- der Preissturz des Öls und
- die binnenwirtschaftliche Verlagerung der Wach-

tumskräfte in Verbindung mit der Steuerentlastung 1986.

Im Vergleich zum Februar 1985 hat der Dollar rund 30% seines Wertes gegenüber der D-Mark verloren. Die eigentlich zu erwartenden dämpfenden Wirkungen dieser Abwertung auf die Exporte in die USA machten sich 1985 in der Statistik allerdings nur begrenzt bemerkbar. Im Vergleich zum Vorjahr stiegen die Exporte vielmehr kräftig um nominal 19%; der Anteil der Ausfuhren nach den USA am gesamten deutschen Export lag mit 10,3% höher als 1984 (vgl. die Übersicht). Dieses Ergebnis ist zum einen auf den zeitlichen Verlauf der Abwertung des Dollars zurückzuführen; während der Durchschnittswert des Dollars für 1985 bei 2,94 DM lag, erreichte die Notierung erst im Dezember 1985 2,51 DM.

*Dr. Rolf Alter, 33, ist Referent in der Grundsatzabteilung des Bundesministeriums für Wirtschaft. Der Artikel gibt ausschließlich die persönliche Auffassung des Autors wieder.*

Zum anderen reagieren die Außenhandelspreise eines aufwertenden Landes schneller als die Außenhandelsmengen – Ursache des bekannten „J-Kurven-Effekts“, der zunächst eine Erhöhung bestehender Leistungsbilanzüberschüsse bewirkt.

Dabei ist zusätzlich zu berücksichtigen, daß die deutschen Unternehmen 1985 zum Teil erhebliche Gewinnmargen in den USA realisieren konnten; die Bundesbank spricht von „Windfall-profits“ aus dem überhöhten Wechselkurs<sup>1</sup>. Durch eine Anpassung ihrer Preise dürften sie die Mengenreaktionen auf den rückläufigen Dollar in Grenzen gehalten haben. Die Marktanteile werden sich 1986 allerdings nur aufrechterhalten lassen, wenn keine weiteren Preis- und damit Gewinneinbußen hingenommen werden müssen. Die Stellungnahmen aus dem Unternehmens- und Bankenbereich deuten darauf hin, daß die jetzige Dollarbewertung eine Art Untergrenze darstellt, bei der mit einem entscheidenden Exporteinbruch noch nicht zu rechnen ist. Die Auswirkungen der Dollarabwertung für die deutsche Exportwirtschaft auf Drittmärkten ist kaum abzuschätzen; zu erwarten ist allerdings ein verstärkter Wettbewerb mit amerikanischen Anbietern, da deren Konkurrenzfähigkeit zugenommen hat.

Wenn auch die deutschen Ausfuhren stärker auf Preis- als auf Einkommensänderungen reagieren dürften, so wird doch die Konjunktorentwicklung in den USA ebenfalls von Bedeutung sein, die in den vergangenen

Jahren einen spürbaren Importsog ausgelöst hatte. Nicht zuletzt auch dadurch ist der Anteil der Exporte der Bundesrepublik in die USA an den Gesamtexporten auf rund 10 % angewachsen (der bilaterale Handelsbilanzüberschuß lag 1985 bei 23 Mrd. DM, der Leistungsbilanzüberschuß bei 40 Mrd. DM).

Der IWF geht für 1986/87 von einem realen Wachstum der US-Wirtschaft von 2,9 bzw. 3 % aus, nach 6,6 % 1984 und 2,3 % 1985. Zwar gibt es durchaus Anzeichen für eine Verlangsamung der US-Konjunktur; dem stehen jedoch auch positive Faktoren (sinkende Zinsen, Abschwächung des Dollars, geringe Inflation) gegenüber, so daß durchaus von einer Verlängerung der gegenwärtigen Wachstumsphase auf niedrigem Niveau auszugehen ist. Insoweit kann mit eher unveränderten Exportmöglichkeiten der deutschen Wirtschaft in die USA gerechnet werden.

### Wechselkursänderungen

Der seit der zweiten Hälfte 1985 sinkende Dollar führt unmittelbar zu verbilligten Importen aus dem Dollarraum, also vor allem von Rohstoffen, darunter insbesondere Öl, und von Textilien. Die bislang ausgeprägt nach unten weisende Importpreisentwicklung spiegelt diesen Einfluß deutlich wider. Allein durch den neuen Wechselkurs des Dollars wird die Ölrechnung der Bundesrepublik um etwa 5 Mrd. DM pro Jahr verringert, wenn man keine Mengenausweitung unterstellt. Aber auch andere Produkte sind für deutsche Importeure attraktiver geworden; so nehmen unter den Einfuhren aus den USA beispielsweise die Büromaschinen einen Anteil von 12,5 % ein, was nahezu einem Drittel der deutschen Gesamteinfuhren in dieser Warengruppe entspricht. Bei Importgütern dieser Art kann auch eher ein Mengeneffekt unterstellt werden.

Durch das EWS-Realignment vom 6. 4. 1986 haben sich die Währungsrelationen zu den wichtigsten Märkten der Bundesrepublik, den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft, verändert. Für die D-Mark bedeutet die Leitkursänderung eine mit den Außenhandelsanteilen gewogene Aufwertung innerhalb des EWS von 2,9 %, bezogen auf den gesamten Außenhandel von 1,2 %.

Von der DM-Aufwertung unmittelbar betroffen sind rund 30 % der deutschen Exporte. Für die Unternehmen wird es schwerer werden, ihre Ausfuhren in unveränderter Höhe aufrechtzuerhalten, zumal auf dem europäischen Markt die Preisanpassungsspielräume nicht mit

**Außenhandelsdaten der Bundesrepublik Deutschland**  
(Mrd. DM und %)

	1984	1985	Januar bis März 1985	Januar bis März 1986
Saldo der Handelsbilanz (Mrd. DM)	54,0	73,3	13,6	22,2
Anteil				
der Exporte in die USA	9,6	10,3	9,8	10,3
der Importe aus den USA	7,2	7,0	7,4	6,3
Anteil				
der Exporte in EG-Länder	49,9	49,8	50,7	51,7
der Importe aus EG-Ländern	50,0	50,8	51,4	52,4
Anteil				
der Exporte nach Frankreich	12,6	11,9	12,8	12,2
der Importe aus Frankreich	10,6	10,6	11,2	11,4

Quellen: Statistische Beihefte zu den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank, Reihe 3; eigene Berechnungen.

<sup>1</sup> Vgl. Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank für das Jahr 1985, April 1986, S. 25 f.

denen bei den Exporten in die USA vergleichbar sind. Die negative Wirkung auf die deutsche Wettbewerbsposition sollte allerdings auch nicht überschätzt werden, da das Realignment im Zusammenhang mit der stärkeren Preis- und Kostenentwicklung in den Partnerländern des EWS im Vergleich zur Bundesrepublik seit der Wechselkursanpassung vom Frühjahr 1983 zu sehen ist<sup>2</sup>.

Von größerer Bedeutung ist die Veränderung der Währungsrelation zu Frankreich, mit dem die Bundesrepublik rund 12% ihres Außenhandels abwickelt. Die zusätzliche Abwertung des Francs um 3% dürfte die leichte Beeinträchtigung der deutschen Wettbewerbsfähigkeit erhöhen, die sich sowohl auf der Exportseite niederschlägt als auch zu steigenden Importen aus Frankreich beiträgt.

Auch das Realignment begünstigt also zunächst über die Preiseffekte einen Anstieg des Ungleichgewichts in der Handelsbilanz, stärkt aber zugleich immanent die Tendenz zum Ausgleich.

### Rückgang des Ölpreises

Die Situation auf den internationalen Ölmärkten hat sich zur Jahreswende 1985/86 beträchtlich verändert. Die drastischen Ölpreissenkungen der jüngsten Zeit haben weltweit zu einer deutlichen Veränderung der wirtschaftlichen Ausgangssituation geführt. Die Ölrechnung aller ölimportierenden Länder wird entsprechend

<sup>2</sup> Vgl. ebenda, S. 26.

<sup>3</sup> Vgl. Deutsche Bank Bulletin, März 1986, S. 5.

<sup>4</sup> Vgl. Westdeutsche Landesbank: Prognose '90: Die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland 1986-1990, S. 15.

<sup>5</sup> Vgl. Ifo-Schnelldienst: Konjunkturimpuls durch Ölpreissturz, H. 6, 1986, S. 3. Das Ifo-Institut geht von einem Rohölpreis von 18\$ pro Barrel im Jahresdurchschnitt aus.

dem Rückgang der Ölpreise in Dollar und in Abhängigkeit von der Mengenreaktion entlastet. Die preisbedingten Minderausgaben werden bei einem Ölpreis von 20\$ (15\$) in den USA etwa 10 (18) Mrd. \$ betragen, in der Bundesrepublik Deutschland ca. 6 (10) Mrd. \$ und in Frankreich und in Italien ca. 4 (7) Mrd. \$<sup>3</sup>.

Soweit die sinkenden Ölpreise an die Verbraucher und an die Industrie weitergegeben werden, führen sie in den ölimportierenden Ländern zu einer entsprechenden Zunahme der Realeinkommen der privaten Haushalte, einer branchenabhängigen Kostenentlastung der Unternehmen und zu verbesserten Gewinnmöglichkeiten. Im Prinzip dürfte die zusätzliche Kaufkraft<sup>4</sup> – gegebenenfalls verzögert – so verwendet werden wie die bereits vorhandene, d. h. zu einem Teil gespart bzw. investiert und zum anderen Teil konsumiert werden. Allerdings ist eine vorübergehende Änderung des Sparverhaltens nicht unwahrscheinlich, zumal die sinkenden Inflationsraten eine abwartende Kaufhaltung bestärken.

Ein Teil der Mehrnachfrage wird auch zu zusätzlicher Nachfrage im jeweiligen Ausland führen, d. h. also in der Bundesrepublik zu verstärkten Importen, aber auch zu zusätzlichen Exporten aufgrund der erhöhten Importe der anderen Länder. Das Ifo-Institut<sup>5</sup> rechnet infolge der Ölpreissenkungen mit einem realen Anstieg von 1,5% beim privaten Verbrauch und einer Abnahme bei den Ersparnissen; die Ausrüstungsinvestitionen steigen wegen der Zunahme des privaten Verbrauchs, der fallenden Zinsen und der höheren Gewinne um 2%. Das Wachstum der Einfuhren beziffert das Ifo-Institut mit real 0,7%, wobei die mengenmäßige Einfuhr von Rohöl- und Mineralölprodukten wohl nur moderat zunehmen wird, während die Importe von Industrierohstoffen und Halbwaren sowie von Fertigprodukten dagegen spürbar reagieren werden.

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG-HAMBURG

## HANDELS- UND ENTWICKLUNGSPOLITIK IM NORD-SÜD-DIALOG

–Rückblick und Ausblick nach UNCTAD VI–

Großoktav, 376 Seiten, 1985, brosch. DM 59,-

ISBN 3-87895-279-1

V E R L A G    W E L T A R C H I V    G M B H    –    H A M B U R G

Auch auf der Exportseite ergeben sich expansive und kontraktive Effekte. Einerseits werden die ölexportierenden Länder aufgrund ihrer geringeren Einnahmen aus dem Verkauf von Öl entsprechend weniger in den Industriestaaten nachfragen, wobei das Ausmaß der Einnahmeausfälle und der Verringerung der Importnachfrage nicht identisch sein wird; vielmehr liegt es nahe, von einer Auflösung bestehender Vermögenspositionen durch die Ölländer auszugehen. Die preisbedingten Mindereinnahmen der ölexportierenden Entwicklungsländer belaufen sich bei 20 (15) \$ pro Barrel auf ca. 45 (60) Mrd. \$, bei Öleinnahmen von insgesamt rund 175 Mrd. \$ im Jahre 1985; jeder zusätzliche Preisrückgang um 1 \$ pro Barrel kostet diese Länder ca. 6,5 Mrd. \$. Eine weitere Verschlechterung ihrer Situation werden die hochverschuldeten Ölexporture hinnehmen müssen, so z. B. Mexiko. Selbst durch ein Sofortprogramm zum Schuldenmanagement dürfte eine erhebliche Beeinträchtigung ihrer Importfähigkeit kaum zu vermeiden sein, auch wenn ihnen die mit dem Ölpreisverfall einhergehenden Zinssenkungen zugute kommen<sup>6</sup>.

Während nur ein relativ geringer Anteil der Exporte der Bundesrepublik in die ölexportierenden Länder geht (4,7 %), ist die deutsche Wirtschaft sehr stark mit den anderen Industrieländern verflochten (Europa und USA rund 78 %). Den Einbußen beim Export in die ölexportierenden Länder stehen – allerdings zeitlich verzögert – insofern Gewinne beim Export in andere Industrieländer aufgrund der ölpreisbedingt weiter anziehenden wirtschaftlichen Entwicklung gegenüber. Da „für die Industrieländer insgesamt die anregenden Wirkungen der Ölpreissenkung erheblich größer sein (dürften) als die kontraktiven“<sup>7</sup>, wird dabei im allgemeinen von einem positiven Nettoeffekt für den deutschen Export ausgegangen, begleitet von einer weiteren Verschiebung der Regionalstruktur der Exporte zugunsten der Industrieländer.

### Binnenwirtschaftliches Wachstum

Die Verlagerung der Wachstumskräfte in der Bundesrepublik zu einer deutlichen Erhöhung der Binnenmarktnachfrage ist bereits im Laufe des Jahres 1985 in Gang gekommen. „Neben den Exporten als einer wesentlichen Triebfeder des Aufschwungs erhält der Wachstumsprozeß durch die kräftige Steigerung der Ausrüstungsinvestitionen und die seit Mitte 1985 zu beobachtende Belebung des Privaten Verbrauchs eigenständige Dynamik. Damit verlagern sich die gesamtwirtschaftlichen Auftriebskräfte – wie angestrebt – verstärkt von der Auslandsnachfrage hin zu inländischen Wachstumsimpulsen.“<sup>8</sup> Im Frühjahrsgutachten der fünf Wirtschaftsforschungsinstitute wird die kräftige Erhöhung

des privaten Verbrauchs ebenfalls als „beachtlich“ bezeichnet<sup>9</sup>. Auch die übrigen Komponenten der Binnen nachfrage stützen die konjunkturelle Entwicklung.

In dieses günstige Umfeld, das durch die währungsbedingte Importpreisentwicklung und den Ölpreisverfall weiter positiv beeinflusst wird, trifft die Wirkung der 1. Stufe der Steuerreform, die zum 1. 1. 1986 in Kraft getreten ist. Die damit verbundene Entlastung von 11 Mrd. DM insbesondere von Familien mit Kindern führt zu einer Steigerung der verfügbaren Einkommen. Es ist davon auszugehen, daß ein hoher Anteil in zusätzlichen Konsum fließt. Die daraus resultierende Nachfrage wird sich auf Güter und Dienstleistungen aus dem In- und Ausland verteilen. Damit werden zusätzlich Impulse für einen Anstieg der Importe gegeben, wobei die hohe Importelastizität der deutschen Wirtschaft zu berücksichtigen ist.

### Ausblick

Aus der Verringerung der Einfuhrpreise durch den Dollarkursrückgang, die Franc-Abwertung und den Ölpreisverfall ergeben sich unmittelbare kontraktive Einflüsse auf die nominalen Importe. Mittelbare expansive Effekte auf die Importe sind zu erwarten von den Zuwächsen an realer Kaufkraft durch die niedrigeren öl- und währungsbedingten Einfuhrpreise und – im Rahmen der Verlagerung der Wachstumskräfte zum privaten Verbrauch – durch die Steuersenkung. Die Exportseite wird tendenziell kontraktiv beeinflusst durch die Aufwertung der D-Mark gegenüber dem Dollar sowie im EWS und durch die ölpreisbedingte Mindernachfrage der Erdölexporture; expansiv dürfte sich das ölpreisbedingte Nachfragewachstum in unseren Partnerländern niederschlagen. „Die Einfuhr wird im Laufe dieses Jahres voraussichtlich etwa doppelt so stark zunehmen wie die Ausfuhr. Daher wird der reale Überschuß im Warenverkehr kräftig zurückgehen.“<sup>10</sup>

Der zum Jahresbeginn 1986 zu verzeichnende Anstieg des Handelsbilanzüberschusses darf also nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Korrekturfaktoren bereits wirksam sind. Zwei Fragen drängen sich auf:

Bleiben diese Faktoren für die nähere Zukunft wirksam?

<sup>6</sup> Vgl. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: Wirtschaftslage in den Entwicklungsländern 1986: Günstige Aussichten für binnenorientierte Länder und Schwellenländer, in: DIW-Wochenbericht 16/86, S. 19.

<sup>7</sup> Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Frühjahr 1986. Gutachten der fünf Wirtschaftsforschungsinstitute, Essen, 25. April 1986, S. 2.

<sup>8</sup> Bundesministerium für Wirtschaft: Jahreswirtschaftsbericht 1986, S. 9 f.

<sup>9</sup> Vgl. die Lage . . . , a.a.O., S. 24.

<sup>10</sup> Ebenda, S. 41.

□ Wie sieht der Nettoeffekt nach der Anpassungsphase aus?

Am ehesten kalkulierbar erscheint noch die weitere Entwicklung des Dollarkurses. Nachdem sich die fünf größten Industrienationen im September 1985 auf eine engere Zusammenarbeit im währungspolitischen Bereich verständigt hatten, zeigten die Devisenmärkte deutlich Wirkung. Zwar wäre es sicherlich verfehlt, von einer direkten oder ausschließlichen Beeinflussung der Währungsentwicklungen durch die sogenannten „Plaza-Beschlüsse“ zu sprechen; zutreffend erscheint aber die Feststellung, daß die Entschlossenheit der Notenbanken zu einer stärkeren Berücksichtigung der ökonomischen Fundamentals und damit zu einer beschleunigten Anpassung der Währungen an realistischere Größenordnungen beigetragen hat. Während der IWF-Tagung im April in Seoul und beim Wirtschaftsgipfeltreffen in Tokio im Mai ist noch einmal die Nützlichkeit dieser Zusammenarbeit bekräftigt worden. Auch wenn – oder vielleicht gerade weil – das Konzept der Zielzonen für Währungen abgelehnt worden ist, unterstreichen die Erweiterung der Gruppe der Fünf um Italien und Kanada und die Einführung wirtschaftspolitischer „Kriterien“ den Willen zu einer noch engeren Abstimmung der nationalen Wirtschafts- und Währungspolitiken. Damit dürfte ausgeschlossen sein, daß der Dollarkurs sich in absehbarer Zeit in die Richtung des Jahres 1984/85 entwickelt. Äußerungen von Gipfelteilnehmern – so u. a. von Finanzminister Stoltenberg – deuten vielmehr darauf hin, daß der gegenwärtige Kurs für angemessen gehalten wird und „eine Phase der Konsolidierung und Stabilisierung der Wechselkurse anzustreben (ist)“<sup>11</sup>. Mit Blick auf das Leistungsbilanzdefizit der USA erscheint allerdings auch eine moderate weitere Senkung des Dollarkurses nicht völlig unrealistisch.

Hinsichtlich der Entwicklung der Konjunktur in den USA ist wohl davon auszugehen, daß die amerikanische Wirtschaftspolitik zumindest darauf abzielen wird, den gegenwärtigen Wachstumstrend abzusichern. Die Abweichung der Geldmengenentwicklung von den Zielvorgaben in den USA wird deshalb zur Zeit vor allem aus konjunkturpolitischer Sicht als gerechtfertigt angesehen.

Zu den stabilisierenden Faktoren der deutschen Außenwirtschaftsposition sollte ebenfalls die binnenwirtschaftliche Entwicklung gerechnet werden. Die günstigen Einschätzungen des Wachstums, der Preisstabilität, der Zinsen und der Beschäftigung rechtfertigen diese Sicht – trotz gewisser Schwächen in jüngerer Zeit.

Zu den eindeutig unsicheren Faktoren zählt die Ölpreisentwicklung. Hier weichen die vorhandenen Schät-

zungen insbesondere der Länge der Baisse dermaßen voneinander ab, daß von einer sicheren Annahme nicht gesprochen werden kann. „Konkrete Größenordnungen des Preisverfalls und deren Dauerhaftigkeit zu prognostizieren, verbietet sich bei der heutigen Labilität auf den Welt-Rohölmärkten von selbst.“<sup>12</sup> Hinzu kommt die Ungewißheit, ob tatsächlich alle ölimportierenden Länder auf die Marktkräfte setzen; es zeichnet sich bereits ab, daß vereinzelt auch die Möglichkeit gesehen wird, beispielsweise Haushaltsprobleme über eine steuerliche Abschöpfung der Ölpreissenkungen zu lösen. Der Kaufkraft- und Nachfrageeffekt wird in solch einem Fall entsprechend geringer ausfallen.

Zum wirtschaftlichen Umfeld der deutschen Handelsbilanz gehört natürlich auch die voraussichtlich schwache Expansion des Welthandels<sup>13</sup>, die nicht zuletzt auch eine Folge des weltweiten Protektionismus ist. Die in diesem Zusammenhang üblichen Hinweise auf die Vorbereitungen für eine neue GATT-Runde helfen hier schon aus zeitlichen Gründen für die Handelsbilanz 1986/87 nicht weiter.

Die Antwort auf die zweite Frage mag daher nicht überraschen: Fest steht, daß die Bundesrepublik zunächst eine zeitweilige Vergrößerung ihres Außenhandelsüberschusses verzeichnen wird. Fest steht aber auch, daß die Korrektur dieser Entwicklung schon angelegt ist. Den Nettoeffekt der unterschiedlichen Korrekturfaktoren quantifizieren zu wollen, ist angesichts der Ungewißheit über ihre Dauerhaftigkeit und ihr Ausmaß allerdings äußerst schwierig; auch der zeitliche Verlauf der Anpassung der Handelsbilanz ist mit Unsicherheit behaftet. Die von den fünf Wirtschaftsforschungsinstituten in ihrem Frühjahrsgutachten genannten 100 Mrd. DM Handelsbilanzüberschuß für 1986<sup>14</sup> sollten daher als Orientierungsgröße verstanden werden.

Die möglicherweise gerade in Anbetracht solcher Schätzungen wieder aufkeimende Kritik an der deutschen Außenwirtschaftsposition kann als überholt zurückgewiesen werden. Insbesondere besteht unter außenwirtschaftlichen Gesichtspunkten kein Anlaß, internationalem Drängen auf eine forcierte Wachstumspolitik im Innern nachzukommen.

<sup>11</sup> K. O. Pöhl: Aktuelle Fragen der Währungspolitik. Vortrag gehalten beim Deutschen Sparkassentag 1986 in Hamburg, am 15. Mai 1986; zitiert nach Deutsche Bundesbank: Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 36 vom 15. Mai 1986, S. 1.

<sup>12</sup> H. J. Schürmann: Die „dritte Rohölkrise“ wird mit umgekehrten Vorzeichen geschrieben, in: Handelsblatt vom 2. 4. 1986, so auch W. Crinius, G. Großer, H. Kolbe: Welthandel und Rohstoffmärkte, in: Weltkonjunkturdienst 1/86, März 1986, S. 77.

<sup>13</sup> Vgl. G. Großer, G. Weinert: Verhaltene Expansion der Weltwirtschaft, in: WIRTSCHAFTSDIENST, 66. Jg. (1986), H. 1, S. 18.

<sup>14</sup> Die Lage . . . , a.a.O., S. 41